

Wiesbadener Tagblatt.

48. Jahrgang.
Erscheint in zwei Ausgaben. — Bezugs-Preis:
durch den Verlag 50 Pfg. monatlich, durch die
Post 1 M. 60 Pfg. vierteljährlich für beide
Ausgaben zusammen.

Verlag: Langgasse 27.

17,000 Abonnenten.

Anzeigen-Preis:
Die einspaltige Beilage für lokale Anzeigen
15 Pfg., für auswärtige Anzeigen 25 Pfg. —
Reclamen die Beilage für Wiesbaden 50 Pfg.,
für Auswärts 75 Pfg.

Anzeigen-Aannahme für die Abend-Ausgabe bis 11 Uhr Vormittags, für die Morgen-Ausgabe bis 3 Uhr Nachmittags. — Für die Aufnahme später eingereicher Anzeigen zur nächsten Erscheinenden Ausgabe wird keine Gewähr übernommen, jedoch nach Möglichkeit Sorge getragen.

No. 91.

Gerichtspräsident No. 52.

Freitag, den 23. Februar.

Gerichtspräsident No. 52.

1900.

Abend-Ausgabe.

(Nachdruck verboten.)

Das Spiritus-Monopol in Frankreich.

Unser Pariser w-Korrespondent schreibt uns: Die Mehrforderung von 900 Millionen Francs für die Kriegsflotte und den Küstenschutz broht ein bedenkliches Loch in das Gleichgewicht des französischen Staatshaushalts zu reißen. Niemand will so unpatriotisch sein, die von der Regierung für unerlässlich erklärten Verteidigungsausgaben zu verweigern, aber andererseits schreit auch jeder Abgeordnete davor zurück, sich seinen Wählern durch Erhöhung einer der bestehenden zahlreichen Abgaben verhasst zu machen. Woher also das Geld für die neuen Panzerschiffe und Küstenbatterien nehmen? Aus dieser Verlegenheit befreit die hiesigen Politiker der Abgeordnete Guillemet, Berichterstatter der Alkohol-Kommission der Kammer. Diese Kommission beschäftigt sich mit allen Fragen, zu welchen die Erzeugung, die Besteuerung und der Verbrauch des Spiritus Anlaß giebt, namentlich auch mit den physischen, sittlichen und socialen Folgen des übertriebenen und leidenschaftlichen Alkoholgenußes, über dessen Verheerungen alle aufmerksamen Beobachter des Volkslebens einig sind. Die bisherige hohe Besteuerung der Produktion und des Verkaufs geistiger Getränke hat sich nicht, wie man erwartete, als ein wirksames Mittel zur Eindämmung der „Branntweinpest“, die in manchen Gegenden geradezu endemisch geworden ist und sogar die Frauen- und Kinderwelt ergriffen hat, erwiesen: die Vertheuerung des Glases, in welchem der einmal dem Alkoholisismus verfallene Betäubung sucht, hat immer nur Verschlechterungen und Verfälschungen der giftigen Getränke zur Folge gehabt, ohne den Verbrauch zu vermindern, hat also das Uebel im Grunde nur noch verschlimmert. Herr Guillemet ist daher auf den alten, bereits seiner Zeit von Gambetta, Jules Ferry, Paul Bert u. a. gemäßigten Republikanern befürworteten Vorschlag zurückgekommen, die Reintung des Rohsprits in einen monopolisirten Staatsbetrieb zu verwandeln, so daß die Liqueurfabrikanten nur noch den ihnen vom Staat gelieferten Alkohol von garantierter Reinheit verarbeiten dürfen. Der Staat wiederum wäre — im Inland — nur noch der einzige Käufer des rohen Spiritus, den er in seinen Raffinerien reinigt und (selbstverständlich mit einem lästigen Steuerzuschlag) an die gewerblichen und Privatkonsumenten abgibt. Außer der bisherigen, eventuell noch zu erhöhenden Spiritussteuer würde der Fiskus bei diesem System noch den bisher von der Privatindustrie aus dem Reintigungsprozeß gezogenen Gewinn einstreichen, genug, um die Phantasien der entragrsten Flottenschwärmer befriedigen zu können. Herr Guillemet will sogar grobsummiert 5 pCt. von dem zu erwartenden Ertrage des Monopols vorwegnehmen und auf die Bekämpfung des Alkoholisismus verwenden, zur Bestreitung der Kosten behördlicher Plakate und öffentlicher Vorträge. Der Vorschlag findet bei

der augenblicklich gegen den Alkoholisismus gerichteten Strömung viel Anklang. Zwar steht er im Widerspruch mit dem bei den französischen Oekonomisten der klassischen Schule noch immer hochgehaltenen Prinzip der wirtschaftlichen Freiheit. Allein dieses Prinzip ist bereits durch das Post-, Telegraphen-, Telephon- und Bändermonopol durchbrochen worden, und dieser Tage hat der General Donop, Befehlshaber des 10. Armee-corps, kurzer Hand durch einen Tagesbefehl den Verkauf von Spirituosen in allen Kantinen seines Corpsbereichs untersagt. Man fragt sich, ob die bürgerlichen Arbeiter nicht ebenso sehr des Schutzes und der Fürsorge der Behörden würdig und bedürftig sind, als die Soldaten. Die gemäßigten Republikaner sind, wie gesagt, für das Projekt, das ihren Traditionen entspricht, von vornherein gewonnen. Jetzt zeigen sich ihm auch die Radikalen und selbst die Sozialisten gewogen; sie erblicken in ihm eine Einnahmequelle, die nur die berufsmäßigen Trinker trifft, welche sie ohnehin für die ihrer Propaganda am meisten widerstrebende Volksschicht erklären. Auch die um Veroulde und Gamelle I. werden sich hüten, als Vertheidiger des Spiritusmonopols sich also sehr günstig.

Deutscher Reichstag.

© Berlin, 22. Februar.

Das Haus ist sehr schwach besetzt. Auf der Tagesordnung steht der Militär-Etat. — Abg. Weber (Soc.) erkennt an, daß die Militärverwaltung bestrebt sei, Uebelstände in der Armee zu beseitigen, aber doch nicht immer mit dem gewünschten Erfolg. Heute müsse er auf den Fall des Reservisten Briele zurückkommen, der schwer bestraft worden sei, weil er sich vor Gericht als Sozialdemokrat bekannt habe. Er müsse den Kriegsminister fragen, ob es sich inzwischen als richtig herausgestellt habe, daß Briele direkt vom Gericht daraufhin bestraft worden sei. Sei dem Minister ferner bekannt, daß ein Oberleutnant der Reserve und Gutsbesitzer einen anderen Gutsbesitzer mit seinem Anrecht überfallen und mißhandelt habe? Weiter theilt Weber verschiedene Fälle von Mißhandlungen an älteren Mannschaften mit: auch über Mißhandlungen durch Vorgesetzte macht er Mittheilungen. Ganz besonders schwere Mißhandlungen seien im Januar dieses Jahres beim Manen-Regiment in Döbeln vorgekommen. Die seitliche Dienstzeit sei noch viel zu lang, das erhalte aus der Verwendung der Soldaten als Wärter auf der Hundes-Ausstellung in Rostock, ferner als Küster auf einer Ausstellung in Göttingen. Weiter geht Weber auf das Duellwesen ein und auf das übertriebene Ständes- und Ehrgefühl der Offiziere. Wie diese Anschauungen über das Ehrgefühl grassiren, erhalte auch aus einem Vorgang unter zwei Reichstagsabgeordneten. In diesem Falle soll es Wäge genug gefolgt haben, den einen der Herren von der Forderung abzubringen. Wie wenig die Wünsche und Gebote des obersten Kriegsherrn beachtet würden, zeige nicht nur das Duellwesen, sondern auch die Luxus- und Spielwuth. Was habe doch nicht Alles der „Garmosen“-Prozeß angebracht. — Kriegsminister v. Goltz bemerkt, was den Fall Briele betreffe, so liege derselbe allerdings so, wie Herr Weber ihn geschildert habe. Aber der juristische Bestand des kommandirenden Generals in Danzig habe gemeint, Briele habe sich doch strafbar gemacht. (Auf: Unhöflichkeit.) Briele hätte ja sein Zeugnis verweigern können. Gegen den Reservisten-Leutnant Hochheimer werde zweifellos ein ehrenrühriges Verfahren eingeleitet werden, sobald das civilgerichtliche zum Abschluß gelangt sei. Ueber einzelne Mißhandlungsfälle, die Herr Weber angeführt habe, liege ihm das Material nicht vor, weshalb er sich darüber nicht äußern könne. Ueber die Abkommandirung von Soldaten zur Moskauer Hundes-Ausstellung als Wärter, sei ihm nichts bekannt. Wo eine solche Verwendung erfolge, lasse er

stets Remedur eintreten. Was das Duellwesen in der Armee anlangte, so habe dasselbe in hohem Maße abgenommen. Mit einem Offizier-Corps ohne Ehrgefühl könne man jedenfalls nichts machen. Den Eindruck des Herrn Weber, daß in den Berliner „Garmosen“-Prozeß die ganze vornehme Welt von Berlin verwickelt sei, habe er, der Minister, von dem Prozeß nicht. Er habe auch nicht den Eindruck, daß es in der Armee Uebermüthigen gebe, wie es Herr Weber darstelle. (Beifall rechts.) — Abg. Graumann (nat-lib.) kann sich in dem Falle Briele der Auffassung des Kriegsministers nicht anschließen. — Abg. Gröber (Centr.) drückt sich in demselben Sinne aus. — Minister v. Goltz bemerkt noch, künftig werde sich wohl die Sache dadurch erledigen, daß solche Fälle vor das Militärgericht kommen. Freilich glaube er nicht, daß ein Richter überhaupt solche Fragen an den Zeugen richten dürfe. — Abg. Dabach (Centr.) bespricht den Fall Döring. Es handle sich da um einen einfach an dem Studenten verübten Mord, verbrannt mit dem böllischen Namen Duell. Das Ehrgefühl, auf das der Minister hingewiesen, solle niemals erfordern, daß man Jemandem zum Tode befördere. Erst ein kräftiges Verbot des Duells könne Abhilfe schaffen. Statt dessen erfolge fast stets Begnadigung. — Minister v. Goltz entgegnet, das Begnadigungsrecht sei ein Recht des Kaisers, über das er nichts sagen könne. — Abg. Dabach (Centr.) meint, wenn der Offizier in Nothwehr wegen seines Benehmens auf dem Kampfsplatz eine Ohrfeige bekommen habe, so habe er sie wohl verdient. (Lachen rechts.) Wenn der Ehrenrath den Mord ansehe, indem er das Duell für notwendig erkläre, da habe doch Alles auf. (Beifall links v. Frege ruft den Redner für die letztere Bemerkung zur Ordnung.) — Minister v. Goltz betont, nicht der Ehrenrath lege das Duell fest, sondern die Parteien hätten dasselbe unter sich vereinbart. — Abg. Weber (Soc.) meint betreffs des Falles Döring, es sei doch barbarisch, anstatt sich zu entschuldigen, noch den beleidigten vor die Pistole zu fordern. Wenn schon früher preussische Könige sich gegen das Duell erklärt haben, so werde man doch wohl annehmen dürfen, daß diese Ehre im Reibe gehabt hätten. Nachdem sich Minister v. Goltz schließlich nochmals zum Fall Briele in obigem Sinne geäußert, nimmt Abgeordneter v. Hohenberg (Welfe) gegenüber dem Kriegsminister den Militär-Gesellschaften in Schutz, der am Grabe eines im Duell Gefallenen sich abfällig über das Duellwesen geäußert habe. Der Gesandte habe recht gehandelt. — Abg. Werner (Antif.) ist der Meinung, die Duellisten im Heer nicht zu vermeiden. — Abg. Schröder (fraktionslos) stimmt dem Abg. v. Hohenberg zu und befragt vom christlichen Standpunkt aus das Duellwesen, aber Anerkennung verleihe, daß dasselbe durch die Maßnahmen des Kaisers bereits stark eingeschränkt sei. — Der Militär-Etat Titel Ministergehalt, wird bewilligt. Morgen 1 Uhr: Fortsetzung der Beratung. Schluß 5 Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Berlin, 22. Februar.

Im Abgeordnetenhaus wurde heute der Gesetzentwurf, betreffend die Polizeiverwaltung in den Stadtkreisen Charlottenburg, Schöneberg und Niddorf, an eine besondere Kommission verwiesen. An dieselbe Kommission gelangte auch die erste Lesung der Novelle zur Kreisordnung für die altpreussischen Provinzen im Osten. Die Debatte bot für die Gesamtmonarchie absolut nichts Belangreiches. Nächste Sitzung morgen. Auf der Tagesordnung steht die Vorlage, betreffend das Gemeindevahlrecht.

(Nachdruck verboten.)

Khaki-Fieber in England.

(Von unserem Korrespondenten.)

London, 20. Februar.

Khaki ist die Farbe des Tages! Die Farbe von Senf und Lehm und Sand und Schmutz zusammengemengt, er giebt Khaki. Das mag ja nun für Alle, die den Späheraugen der Buren und ihren Kugeln entgehen möchten, eine recht zweckmäßige Farbe der Uniformen sein, aber hübsch ist sie deshalb doch noch lange nicht. Macht nichts, Khaki ist die Mode. Nicht nur Briefstücken und Handschuhkasten, Elgaren-Stuis und Schreibpapier, Tangkarten und Lampen-Geleier, sondern auch ganze Toiletten sind — Khaki. Es ist eben die Mode, und so werden denn auch die Damen in Deutschland — während es in ihren Herzelein so ganz anders aussieht — unbewußt demnachst auch wohl die sensene Jingo-Farbe Englands zur Schau tragen! Oder doch nicht? Nun, wissenschaftlich thut das gewiß keine Deutsche. Also Vorsicht!

„Wie gefällt Ihnen meine Khaki-Bluse“, rief eine kleine, kaum neunjährige Freundin bei meinem Eintritt in das Haus einer befreundeten Familie, indem sie stürmisch auf mich zurannte. Ich beugte mich zu ihr nieder und küßte sie — das Töchterlein des Hauses —, dem englischen Brauch gemäß, auf die frische Wange. „Nicht wahr, die ist hübsch?“ fügte sie ungestüm hinzu.

„Sie mögen wohl das Khaki nicht?“ fragte nun auch die erwachsene Schwester, die inzwischen herzugetreten war, indem sie mich mißtrauisch ansah. Ich protestirte ausweichend und bedauerte innerlich, daß der erwähnte englische Brauch nicht elastischere Grenzen hat. „Sie haben ja gar kein Khaki an sich“, riefen nun Beide enttäuscht aus. — So ist in diesem Augenblick ganz England senf-lehm-sandig angehaucht, zumal in den letzten Tagen, wo das „Waffen-Blut sich gewandt“ hat.

Ich wurde in das Drawing-Room geführt. Dieselbe Schattirung! Und das Gespräch dreht sich lediglich um das, was die Farbe versinnbildlicht: Den Krieg und „die britischen Erfolge“. Es ist in diesen Tagen eine heisse Sache für einen Ausländer, ein englisches Haus zu besuchen. Er kann doch als Gast nicht wohl immer gleich für das Recht der Buren eintreten und noch weniger wird er bereit sein, Sympathien für die Engländer zu heucheln. Einen neutralen Boden, einen unverfälschten Gesprächsstoff giebt es kaum. Kunst und Wissenschaft, das ganze sociale Leben ist Alles an den Nagel gehängt. Was geredet wird, ist — Khaki. Und so wird es mir, auf der Suche nach einem nichtpolitischen Stoff, heute wohl schwer möglich sein, diese Farben aus dem Spiel zu lassen.

Der greise Diener des Hauses, der mir seit Jahren die Thür geöffnet, steht stumm und ohne eine Miene zu verziehen, heute konnte auch er nicht an sich halten und plägte mit einer Bemerkung über General „Bobs“ herans. „Bobs“ ist der Beiname, den sich Lord Roberts schon in Indien erworben. Ich war wohl nie zuvor so rasch aus dem Hause gekommen.

Draußen hatte Alles wieder einen „schmigen“ Anstrich. Selbst der nebligen Atmosphäre schienen heute eine gelbbraune Tintur beigegeben. Und die grimmen Krieger in ihrer neuen Uniform, die dort den ganzen Bürgerkrieg in Anspruch nehmen, sonst so wenig geachtet, sind heute Gegenstand enthusiastischer Bewunderung. Zu anderen Zeiten werden die gemelten Soldaten ja nicht einmal in den ausländischen Wirthshäusern zugelassen, heute — nun diese waren jedenfalls schon in verschiedenen Wirthshäusern gewesen. Und dort auf der anderen Seite der Straße schreien zwei Burschen die letzten Extrablätter aus. Sie ziehen hier immer zu Zweien los und schreien wir durch-einander, weil das wohl von umso packenderer Wirkung ist. „Splendid British Victory“ ruft der eine, „French hunting

Cronje“ schreit der andere. „Special edition.“ — „Another Boer laager captured at the point of the bayonet.“ Und wer kauft nicht die Blätter? Wer könnte jetzt wohl genug von britischen Waffenthaten lesen?

Ich trete in meinen Klub ein. Welch ein befremdliches Bild! Selbst im Lesezimmer, wo sonst das tiefe Stillschweigen herrscht, ist heute Alles Leben und Aufregung. Die neuesten Ausgaben der Zeitungen werden mit fieberhafter Spannung erwartet. Die letzten Nachrichten werden laut verlesen und mit lautem Jubel aufgenommen.

Gehen wir ins Theater! Wo es nur irgend angeht — ja, wo es auch absolut nicht angehen sollte! — werden Flaggen und Uniformen vorgeführt und patriotische Vieder, sowie Seitenhiebe auf Krüger, Leyds und die „Vaterlands-verräter“, die Führer der Radikalen, die gegen den Krieg sind, eingeflochten, während die Varietäten-Theater — die Music Halls — mit einander wetteifern, die ergiebigsten Bräutereien des Khakiismus zu werden.

So sind wir nirgends sicher vor demselben. Da stehen die Thüren eines Gotteshauses offen und die Glocken ertönen so einladend und friedlich. Werden wir hier ein Asyl finden? Ach, auch die Kanzeln sind ja längst geschändet durch Aufreizungen zum Kriege. Nachdem aber der vorletzte Sonntag zu einem besonderen Festtag gemacht, der gerechte Gott um Verleihung des Sieges angefleht und nun sofort eine „Wendung zum Besseren“ eingetreten, sollte es mich kaum noch wundern, wenn die christlichen Prediger demnachst auch in angemessener Kleidung auf die Kanzel steigen — in Khaki.

Müthig schlenderte ich in den Hyde-Park und ließ mich unter einem alten Eichenbaum nieder. Sinnend sah ich eine Zeit lang da und gedachte des Englands vergangener Zeiten, des „Freundes der Unterdrückten“, des „Hörers der Freiheit“, eines der geachteten „Vorkämpfer der Gerechtigkeit“. Wohin war das England der Chamberlainschen Ära ge-

